



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.10.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Der Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm von der Kontaktlinie läuft im Rahmen des Zeitplans.

„Uns ist es gelungen, für eine ausreichend lange Zeit eine Feuereinstellung zu erreichen. Dies hat es uns erlaubt, den Abzug von unseren Positionen praktisch abzuschließen“, sagte er.

Dejnego bemerkte, dass die Kiewer Seite den Abzug mit Verspätung begonnen hat.

„Sie haben mit Verspätung begonnen. Die ukrainische Seite ist auch jetzt verspätet. Sie versuchen Vorwände zu finden, um auf irgendeine Weise den Abzug zu behindern, insbesondere ihren eigenen. Dennoch ist es uns gelungen im Rahmen des Zeitplan zu bleiben“, erklärte er.

Die Einwohner des Donbass wählen im Frühjahr möglicherweise „ein vollständiges Paket örtlicher Selbstverwaltung“.

„Die Erklärungen, die ständig von ukrainischen Politikern zu hören sind, zeigen uns, dass sie nicht vorhaben die Möglichkeit zu geben, solche Wahlen durchzuführen... Nun so ist es. Wir haben unsere Wahlen verschoben. Wenn die Ukraine die Verschiebung dieser Wahlen in dieser Form verhindern will, die durch den Maßnahmekomplex festgelegt ist, so heißt das, dass wir gezwungen sein werden, zu einem neuen Datum für unsere Wahlen zurückzukehren, die zur Zeit verschoben wurden“, sagte.

„Die DVR hat ein solches Datum schon bekannt gegeben. Sie orientieren sich am 20. April“, erinnerte Dejnego.

„Möglicherweise stellt sich uns die Frage der Wahlen im Frühjahr breiter. Dies werden nicht nur einzelne Oberhäupter von Territorien sein, sondern möglicherweise ein vollständiges Paket örtlicher Selbstverwaltung. Dies wird die Zeit zeigen“, teilte der Bevollmächtigte der LVR mit. Die Kiewer Seite erfüllte ihre Verpflichtungen nicht, die mit der Wiederaufnahme der Arbeit des Banksystems in den Republiken des Donbass verbunden sind; ein „logistisches Zentrum“ in der DVR erfüllt diese Funktionen faktisch nicht.

„Was das Banksystem betrifft, das sollte in erster Linie gestartet werden, wenigstens teilweise, um die Auszahlung der Renten zu gewährleisten. Derzeit und auch in dem halben Jahr seit Unterzeichnung der Vereinbarungen, hat die Ukraine nicht versucht zu arbeiten“, erklärte er.

„Es läuft eine heiße Diskussion, reichlich emotional, die den Dialog im Kreis führt ohne irgendwelche realen Ergebnisse“, unterstrich Dejnego.

„Ein logistisches Zentrum, das in der DVR arbeitet, hält keinerlei Kritik stand und ist keine Bestätigung der Erfüllung dieser Verpflichtungen durch die Ukraine. Was sind zwei Bankautomaten, von denen nur einer arbeitet, für die Rentner der Republik?“, fügte er hinzu. Die Teilnehmer der Kontaktgruppe haben vor, bis Ende des Jahres mindestens sechs Treffen durchzuführen. Die nächsten sind am 20. und 27. Oktober.

Nach den Worten Dejnegos planen die Teilnehmer der Kontaktgruppe sich dreimal im November

und dreimal im Dezember zu treffen.

„Die politische Arbeitsgruppe arbeitet noch um einiges intensiver. Sie arbeitet heute und morgen. Sie werden am 19. und 20. Oktober arbeiten“, teilte er mit.

Weiterhin ist am 27. Oktober ein Treffen der Kontaktgruppe, am 4. November ist eine Videokonferenz der Kontaktgruppe geplant. Die Videokonferenzen können auch den weiteren Zeitplan ändern.

Die „normannische Vier“ orientiert sich an der Durchführung der Wahlen im Donbass am 21. Februar.

„Derzeit haben wir das recht ernsthafte Ergebnis erreicht, dass unsere Vorschläge auf der normannischen Ebene gehört und unterstützt wurden, die „normannische Vier“ hat auch das von uns vorgeschlagene Datum, 21. Februar gehört, und sie orientieren sich jetzt auf dieses Datum“, sagte er.

„Diese Aufgabe steht vor allem vor der ukrainischen Seite. Die Ukraine muss jetzt die Normen erfüllen, die der Maßnahmenkomplex vorsieht, ihre Fähigkeit bei der Realisierung des Maßnahmenkomplexes zeigen, ihre Fähigkeit als Staat, der Verpflichtungen auf internationaler Ebene hat und sie erfüllt“, unterstrich Dejnogo.

„Und wenn sie nicht in den Kontext dieses Prozesses zurückkehren, fürchte ich, dass der ukrainische Staat mit diesem Konkurs, diesen „Errungenschaften“ bei der Zerstörung der Wirtschaft sehr ernsthaft in Frage gestellt wird“, fügte er hinzu.

Kiew muss die Gesetzgebung für die Durchführung von Wahlen nach den Standards der OSZE ändern.

„Die Standards der OSZE sehen eine ausreichend ruhige Atmosphäre auf den Territorien vor, auf denen Wahlen durchgeführt werden - und dies ist nicht nur eine Feuereinstellung. Hier muss an die ökonomische Blockade erinnert werden, die ein ernstes Hindernis für ein normales Leben der Menschen auf dem Territorium unserer Republiken ist. Hier muss die Rede von der Aufhebung der „ATO“ und der Aufhebung der Wirtschaftsblockade sein“, erklärte er.

„Auf normativer Ebene muss die Ukraine eine ganze Reihe von Dokumenten annehmen, die die Faktoren neutralisieren, die durch die Ukraine und den politischen Willen der jetzt herrschenden Führung künstlich eingeführt wurden, die unannehmbare Bedingungen nicht nur für das Leben der Menschen hier, sondern auch für die Durchführung von Wahlen schaffen“, unterstrich Dejnogo.

„Wenn die Ukraine bewusst auf die Erfüllung des Maßnahmenkomplexes eingeht, und andere Varianten hat sie nicht, ist sie verpflichtet dies zu tun, ausgehend von den Verpflichtungen, die sie im Rahmen des normannischen Formats und des Minsker Formats angenommen hat“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der LVR.

Die Treffen der politischen Untergruppe beginnen heute um 10 Uhr und morgen um 13 Uhr.

„Die Grundlage der Tagesordnung für die politische Untergruppe wird das sein, was sich aus unserer gemeinsamen Erklärung mit der DVR ergibt. Dort haben wir eine recht ernsthafte Frage angegeben – die Reglementierung der Arbeit. Bei uns ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, praktisch (nach allgemeiner abgewogener Bewertung) mit recht kargen Resultaten. Ja, es gibt ein ernsthaftes Ergebnis – die Feuereinstellung, diese wird schon recht lange eingehalten, und wie Poroschenko sagte, ist diese Feuereinstellung schon in eine Phase des Waffenstillstands übergegangen. Aber dennoch, ohne eine politische Lösung dieser Situation, ohne eine politische Basis bei der Feuereinstellung, hat sie einen recht unbeständigen Charakter“, sagte er.

„In allen übrigen Richtungen läuft die Entwicklung recht bescheiden. Die ökonomische Gruppe hat sich weiter bewegt, besonders beim Teil der Aufgabestellung zur Lösung humanitärer Fragen. Sie arbeiten dort in einzelnen Richtungen zusammen mit der Gruppe zu humanitären Fragen. Aber hier läuft die Arbeit bisher rein theoretisch. In der praktischen Ebene können wir bisher nur ein geringes Ergebnis wahrnehmen. Seit einem halben Jahr beobachten wir eine solche Stagnation. Der Sommer wurden praktisch fast verloren, es wurden die Vereinbarungen formuliert, die schon im Frühjahr erreicht worden waren“, fügte Dejnogo hinzu.

Der Dialog mit Kiew kann auf eine Ebene von vertraglichen Beziehungen gelangen, unter der Bedingung, dass die Ukraine alle Verpflichtungen erfüllt, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind.

„Wenn die Ukraine die Kraft findet, alle ihre Verpflichtungen zu realisieren, in einem solchen Fall entsteht bei uns ein Dialog mit der Ukraine und im Ergebnis werden wir vertragliche Beziehungen mit der Regierung der Ukraine erreichen“, sagte er.

„Die vertraglichen Beziehungen sehen einige Reihe von Verpflichtungen vor, wie vor allem unsere

Kontrolle über die bewaffneten Strukturen, unsere Volksmiliz, die aufgefordert ist, die Rechtsordnung auf unseren Territorien zu sichern, unsere Selbständigkeit in Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die in keiner Weise von irgendwelchen Wünschen Kiews abhängen werden.

Für die Ukraine sieht dies etwas andere Verpflichtungen vor – das ist die Verpflichtung für vertragliche Grundlagen der Finanzierung der sozial-ökonomischen Sphäre, der kulturellen Entwicklung, des Wiederaufbaus alles Zerstörten auf unseren Territorien. Und dies erfordert sehr große Kräfte und Mittel“, schloss der Bevollmächtigte.

(Hervorhebung vom Übers.)

Kiew blockiert den Austausch von Gefangenen, weil die ukrainische Seite nicht mit einem Austausch nach der Formel „alle gegen alle“ einverstanden ist.

„Die ukrainische Seite ignoriert praktisch die Regelungen „alle gegen alle“. Es gibt Versuche zum Austausch „einer gegen einen“ oder irgendeinem solchen Verhältnis überzugehen“, sagte er.

„Zum Zeitpunkt des letzten Treffens in Minsk waren Listen für den Austausch vorgelegt worden, die die Übergabe aller vorsahen, die wir bereit sind zu übergeben, und aller, bei denen Kiew technisch bereit ist sie zu übergeben. Das Verhältnis erwies sich als „uninteressant“ für die ukrainische Seite und sie blockieren diesen Prozess prinzipiell“, sagte Dejnego.

„Das heißt, sie sind mit der Formel „alle gegen alle“ nicht zufrieden, die auf der Ebene der Führer der Länder der „normannischen Vier“ genannt wurden, darunter auch Petr Poroschenko. Es scheint so, dass die ukrainischen Verhandler die Direktive des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko jetzt versuchen zu ignorieren – sie sind mit dem Austausch nach dieser Formel nicht zufrieden, im Zusammenhang damit zögert sich die Sache hinaus. Bisher kann über einen Zeitpunkt für den Austausch nicht gesprochen werden“, sagte Dejnego.

„Wir sind bereit alle zu übergeben, die wir in unseren Listen angegeben haben, die Ukraine versucht ihre Listen auf die Zahl herunter zu korrigieren, die wir haben. Und während sie so das Prinzip „alle gegen alle“ ignorieren, versuchen sie einen teilweisen Austausch zu realisieren, um irgendeine positive Dynamik in dieser Frage zu zeigen. Leider leiden konkrete Menschen, sowohl die, die nicht ausgetauscht werden als auch ihre Verwandten. Die Ukraine interessiert das nicht“, sagte er.

Die OSZE unternimmt schon alle Schritte zu Lösung des Problems mit der Wasserversorgung der LVR.

„Bestimmte organisatorische Schritte von Seiten der OSZE, europäischer Spezialisten bewegen uns in dieser Frage vorwärts. Es gibt ein Verständnis für dieses Problem, eine Sicht des Grads des Problems, teilweise wurden Objekte schon untersucht. Es ist gut möglich, dass die europäische Öffentlichkeit die Ukraine zwingt, in irgendeiner Weise wenigstens zu einzelnen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastrukturen zu kommen“, sagte Dejnego.

Er unterstrich, dass bis heute alle Wiederaufbauarbeiten in der LVR mit den Kräften der Republik selbst durchgeführt werden.

„Die ukrainische Seite nimmt im Grunde Kontakte in diesem Bereich auf, die internationale Gemeinschaft ist bereit, uns beim Wiederaufbau der Wasserversorgung Hilfe zu leisten. Aber dennoch läuft die Erörterung dieser Fragen schon seit Mai. Real wurde bei uns nur das wiederaufgebaut, was wir mit eigenen Kräften wiederaufgebaut haben.

Die Aufrufe einer Reihe Kiewer Politiker zur Durchführung eines gesamtukrainischen Referendums zur Bestimmung des Status des Donbass sind unbegründet.

„Ich meine, dass es vor allem nötig ist, die Gesetze zu lesen. Änderungen in der Verfassung werden durch die Oberste Rada der Ukraine durchgeführt. Sowie die Rede von einer Dezentralisierung der Staatsmacht ist, von der Befestigung eines „besonderen Status“, so sind dies Merkmale einzelner Territorien – dies bezieht sich nicht auf die Artikel der Verfassung, die nur durch ein Referendum zu ändern sind“, sagte er.

„Die einzige Hinzufügung zum gesetzgeberischen Bereich der Ukraine ist der Maßnahmenkomplex, der festlegt, dass die Änderungen in Abstimmung mit den Vertretern von Lugansk und Donezk angenommen werden müssen“, unterstrich Dejnego.

„Wir haben gesetzliche gewählte Staatsorgane in den Republiken, die natürlich über die Vollmachten für eine Abstimmung dieser Änderungen in der Verfassung der Ukraine verfügen“, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR.

„Also, nach der Abstimmung solcher Änderungen werden sie dem „Maßnahmenkomplex“ entsprechen und wir werden nach der Prozedur weitergehen, die von der ukrainischen

Gesetzgebung vorgesehen ist – von hier aus ergeben sich eine ganze Reihe Fristen für bestimmte Etappen. Vor allem ist dies die Behandlung in Komitees, die Behandlung durch den Verfassungsgerichtshof der Ukraine, der seine Bewertung des Gesetzentwurfs über Verfassungsänderungen abgeben muss, und dann zwei Etappen der Abstimmung in zwei aufeinander folgenden Sitzungen der Obersten Rada der Ukraine“, erklärte Dejnego.

„Wenn alles so läuft, wie es von der ukrainischen Gesetzgebung vorgesehen ist, hat die Oberste Rada der Ukraine eine Chance, in erster Lesung den Gesetzesentwurf über Einfügungen der Änderungen in die ukrainische Verfassung zu behandeln, die abgestimmt werden mussten, wenn nicht direkt, so doch im Rahmen des Minsker Formats. Und dann im Frühjahr ist es möglich, in zweiter Lesung das gesamte Gesetzesprojekt zu Änderungen der Verfassung der Ukraine zu behandeln“, meint Dejnego.

„Der Gesetzesentwurf über einen besonderen Status des Donbass, der derzeit in erster Lesung angenommen wurde, er ist kein solches Gesetz, das auf die Lösung der Situation im Südosten im Rahmen des Minsker Prozesses gerichtet ist. Warum? Erstens ist er nicht abgestimmt, er ist mit niemandem erörtert worden – weder mit Donezk noch mit Lugansk. Er hat nicht die Merkmale, die der Maßnahmekomplex bestimmt, er sichert nicht den dauerhaften Charakter des „besonderen Status“ einzelner Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste, er gibt keine Antwort auf die Frage „was sind die einzelnen Gebiete?“, erklärte der Bevollmächtigte der LVR.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat der OSZE den Vorschlag übergeben, morgen eine Skype-Konferenz der Kontaktgruppe zur Erörterung des Beschlusses von Donezk am 10. Oktober durch die ukrainischen Streitkräfte zu erörtern, in deren Folge ein Milizangehöriger getötet und zwei verletzt wurden. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin.

„Wir wenden uns an die OSZE mit der Bitte, eine außerordentliche Skype-Konferenz der Kontaktgruppe einzuberufen in Zusammenhang mit dem Beschluss von Weseloje und eines neunstöckigen Hauses im Kiewskij-Bezirk von Donezk, wo ein Menschen starb und zwei verletzt wurden“, sagte er.

Puschilin fügte hinzu, dass die DVR Verhandlungen für morgen initiiert, eine Uhrzeit steht noch nicht fest.